

# Ein Traum von Zwei plus Vier

von Joachim Wernicke, Berlin

## Kriegspartei gegen Russland

Nur ein Traum. Der Druck, mehr, noch mehr Waffen in die Ukraine zu liefern, war angewachsen. Hierzu hatte der US-Verteidigungsminister Lloyd Austin zum Januar 2023 NATO-Offizielle auf den Flugplatz Ramstein in Rheinland-Pfalz eingeladen [1], als sei er dort Hausherr. Hätte eine solche internationale Einladung auf deutsches Hoheitsgebiet nicht nur die deutsche Regierung aussprechen dürfen?

Laut juristischen Fachaussagen, darunter vom Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages [2], dem Völkerrechtsprofessor Norman Paech [3] und dem ehemaligen Präsidenten des Verfassungsschutzes Hans-Georg Maaßen [4], habe die deutsche Lieferung schwerer Waffen in die Ukraine und die Ausbildung ukrainischer Soldaten am Gerät durch die Bundeswehr zur Folge, dass Deutschland sich 2022 ohne Not zur Kriegspartei gegen Russland gemacht hat, und zwar in der Rolle eines Angreifers, denn Russland hatte Deutschland nicht angegriffen, habe aber so ein Recht zur Selbstverteidigung gegen Deutschland erhalten. Deutsche Bündnisverpflichtungen gegenüber der Ukraine gab es nicht, weder über NATO noch EU.

Eher zurückhaltend hatte die russische Botschaft in Berlin zur Lieferung deutscher *Marder*-Panzer und *Patriot*-Raketen an die Ukraine Anfang 2023 erklärt, diese Lieferungen würden „die moralische Grenze darstellen, die die Bundesregierung nicht hätte überschreiten sollen“ [5]. Eine Eskalation der Krise oder Alarmierung der deutschen Öffentlichkeit durch Bestätigung des Kriegszustands gegen Deutschland hatte Moskau also vermieden. Die Bundesregierung vertrat die Position, in der militärischen Unterstützung der Ukraine gebe es keine rote Linie, jenseits derer Deutschland Kriegspartei würde. In der Ukraine würde die Freiheit Europas verteidigt, hieß es. Mediendarstellungen zur Jahreswende 2022/23 erweckten den Eindruck, wenn die Ukraine nur schnell bestimmte moderne westliche Waffen bekäme, darunter deutsche *Leopard*-Panzer, dann würde sie Russland besiegen.

Könnte es aber nicht auch ganz anders kommen? Davor hatte RAND, das renommierte Beratungsinstitut der amerikanischen Regierung, gewarnt: Die russische Regierung könnte den Krieg als Stellvertreterkrieg mit den USA sehen und eine Niederlage nicht hinnehmen, sondern den Krieg nach Westeuropa ausweiten [6]. Tatsächlich könnte das russische Militär die US-Truppenpräsenz in Europa zu lähmen, indem es deren Hauptbasen in Westdeutschland zerstört. Daraufhin wären die US-Truppen nicht mehr koordiniert handlungsfähig. Deutschland hätte schwere Schäden erlitten. Dass die Europäer ohne US-Führung einmütig unter der NATO-Flagge gegen Russland kämpfen würden, damit war nicht zu rechnen.

Beim weiteren Fortschreiten des Westens auf seinem eingeschlagenen Weg – noch mehr Waffen in die Ukraine – war also eigentlich zu erwarten, dass Russland im Laufe

von 2023 militärische US-Infrastruktur in Deutschland mit Fernwaffen bombardiert, dazu von den USA mitgenutzte zivile deutsche Infrastruktur zerstört, etwa Flussbrücken.

Ein solches für Deutschland katastrophales Szenario hätte die deutsche Regierung ausschließen können, indem sie Deutschland in denselben Status versetzt, den die Nachbarn Frankreich, Dänemark und Tschechien seit Jahrzehnten innehaben: Keine fremden Truppen im eigenen Land! Warum, das war unklar, aber es hatte nicht den Anschein, dass die „Ampel“-Regierung bereit sein könnte, Unmut der US-Regierung auf sich zu ziehen. Sie hatte sogar geduldet, dass das US-Militär auf dem deutschem Schießplatz Grafenwöhr ukrainische Soldaten im Gebrauch amerikanischer Waffen gegen Russland ausbildete [7].

## Startpunkt 1990

Die Wurzel für all dies lag tiefer. Mit der deutschen Vereinigung 1990 war Deutschland – entgegen dem Geist jener Zeit – neues souveräner Mitglied des US-eigenen Militärbündnisses NATO geworden. Damit war Deutschland Teil dieser europäischen Fremdenlegion des US-Präsidenten, seit 1949 immer unter Oberbefehl eines US-Generals, der zugleich die US-Truppen in Europa befehligt. Die bis 1990 in Westdeutschland stationierten US-Besatzungstruppen waren als fortan unter dem Etikett „NATO-Verbündete“ dort verblieben, einschließlich ihrer Infrastruktur und ihrer Atomwaffen. 95% der in Europa befindlichen US-Truppen waren in Westdeutschland stationiert [8]. Hingegen hatten die sowjetischen Truppen gemäß Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990 [9] ihren Abzug aus dem ostdeutschen Besatzungsgebiet DDR begonnen. 1992 wurde Russland Rechtsnachfolger der aufgelösten Sowjetunion und hatte deren Verpflichtungen übernommen.

Allerdings war es den USA 1990 nicht gelungen, ihre herüber geretteten Verfügungsrechte über Westdeutschland auf das Gebiet der DDR auszuweiten. Das Thema der Zwei-plus-Vier-Verhandlungen war, dass die vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs dem 1945 besiegten Deutschland die Einheit und Souveränität zurückgeben sollten. Dies geschah unter der kosmetischen Erlaubnis, dass die beiden deutschen Besatzungsverwaltungen namens BRD und DDR mit eigenen Delegationen mit am Tisch sitzen durften, also den Machtverhältnissen entsprechend „Vier-plus-Zwei“-Verhandlungen.

Den USA war es aber darum gegangen, das Thema NATO aus den Verhandlungen herauszuhalten. Dafür schien es eine brillante Idee der US-Regierung, den Delegationen von BRD und DDR die Bestimmung der Tagesordnung zu überlassen, damit sie ausführlich über technische Details der deutschen Vereinigung reden sollten – nicht über die NATO ! –, und der ganzen Veranstaltung die auf den Kopf gestellte Überschrift zu geben: „Zwei-plus-Vier“ statt „Vier-plus-Zwei“. In diesen scheinbar wertschätzenden US-Winkelzug war nur die BRD-Delegation eingewiesen. Die DDR-Delegation ahnte nichts.

Als Ergebnis dieser Verhandlungen hatte – auf sowjetischen Druck – das DDR-Gebiet mit dem „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ vom September 1990 einen Sonderstatus erhalten, der Art, dass dort nur deutsche Territorialtruppen stationiert sein dürfen, ohne Atomwaffenträger [9], und entscheidend:

*„Ausländische Streitkräfte und Atomwaffen oder deren Träger werden in diesem Teil Deutschlands weder stationiert noch dorthin verlegt“ (Artikel 5).*

Der Gummibegriff „verlegt“ war in einer Protokollnotiz zu dem Vertrag näher erklärt [9]:

*„Alle Fragen in bezug auf die Anwendung des Wortes „verlegt“, wie es im letzten Satz von Artikel 5 Absatz 3 gebraucht wird, werden von der Regierung des vereinten Deutschland in einer vernünftigen und verantwortungsbewussten Weise entschieden, wobei sie die Sicherheitsinteressen jeder Vertragspartei, wie dies in der Präambel niedergelegt ist, berücksichtigen wird.“*

Also die Regierung des vereinten Deutschland würde künftig entscheiden, wer was in dem Ex-DDR-Gebiet militärisch „verlegen“ darf, und bei dieser Entscheidung müsse sie gemäß Selbstverpflichtung „die Sicherheitsinteressen jeder Vertragspartei berücksichtigen“, das heißt auch die Sicherheit der DDR und Russlands.

### Trickreiche Vereinigung

Die Konstruktion der Vereinigung der west- und ost-deutschen Besatzungsgebiete war im August 1990 im Einigungsvertrag [10] vereinbart worden, in begrifflich origineller Weise:

*„Mit dem Wirksamwerden des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 werden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Länder der Bundesrepublik Deutschland. - Die 23 Bezirke von Berlin bilden das Land Berlin.“*

Der Begriff „Deutsche Demokratische Republik“ (DDR) war eindeutig: das sowjetische Besatzungsgebiet, das sich mit seiner deutschen Verwaltung diesen Namen gegeben hatte und darunter sogar Mitglied der UN geworden war.

Der Begriff „Bundesrepublik Deutschland“ war jedoch doppeldeutig: Zum einen das amerikanisch-britisch-französische Besatzungsgebiet, weithin kurz auch als „BRD“ bezeichnet, das sich, analog der DDR, mit seiner deutschen Verwaltung diesen Namen gegeben hatte und ebenfalls Mitglied der UN geworden war. Zum anderen aber war „Bundesrepublik Deutschland“ der Name des neu geschaffenen vereinten Deutschlands. Die Besatzungs-DDR war keinen einzigen Tag der Besatzungs-BRD beigetreten. Sie wäre dazu völkerrechtlich gar nicht in der Lage gewesen.

Auch wurde im Einigungsvertrag der Begriff „Grundgesetz“ doppeldeutig verwendet: Zum einen war es die aus einem westlichen Besatzungsbefehl von 1949 hervorgegangene Verwaltungsordnung der Besatzungs-BRD. Zum anderen diente dieser Text „nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands“, also keinen Tag vorher, als vorläufiger Verfassungersatz des vereinten Deutschlands, mit dem darin im Schlussartikel 146 ausdrücklich enthaltenen Auftrag, die deutsche Verfassung zu schaffen [11]. 1990 war dafür eine Frist von zwei Jahren im Gespräch.

De facto beschrieb der Einigungsvertrag also die Konföderation von Besatzungs-DDR und Besatzungs-BRD

unter vorläufigen Formalien, die von der Besatzungs-BRD kopiert waren, aber alsbald durch die deutsche Verfassung ersetzt werden müssten. Beide Bestandteile hatten Territorien und Bevölkerung zusammengelegt, aber sie existierten in etlichen fortgeltenden rechtlichen Regelungen weiter, wie ja auch die Mitglieder eines Vereins nicht durch ihren Beitritt als Individuen verschwinden. Man könnte bei diesen Schattenexistenzen hilfsweise von „Konföderations-BRD“ und „Konföderations-DDR“ sprechen.

### Volkswille Frieden

In Artikel 2 des Zwei-plus-Vier-Vertrags waren Sachverhalte festgeschrieben, die Jahrzehnte später im Ukrainekrieg eine Rolle spielen sollten:

*„Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihre Erklärungen, dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird. Nach der Verfassung des vereinten Deutschland sind Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, verfassungswidrig und strafbar. Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik erklären, daß das vereinte Deutschland keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen.“*

Der Begriff „NATO“ kam im Zwei-plus-Vier-Vertrag nicht vor. In der Präambel zu dem Vertrag wurde aber gewürdigt,

*„dass das deutsche Volk in freier Ausübung des Selbstbestimmungsrechts seinen Willen bekundet hat, die staatliche Einheit Deutschlands herzustellen, um als gleichberechtigtes und souveränes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen.“*

Wie hatte das deutsche Volk einen solchen Willen bekundet? Die Verwaltung der Besatzungs-BRD (ca. 60 Mio. Einwohner) unter Bundeskanzler Helmut Kohl war seit 1987 im Amt und sah sich damit demokratisch legitimiert, ihren Verwaltungsbereich in ein geeintes Deutschland einzubringen. Die erste in westlichem Sinne demokratisch frei und geheim gewählte Verwaltung der Besatzungs-DDR (DDR, ca. 17 Mio. Einwohner) unter Ministerpräsident Lothar de Maizière war aus der Volkskammerwahl im März 1990 hervorgegangen. Der Ostteil Berlins hatte als „Hauptstadt der DDR“ daran teilgenommen.

Ein exotischer Sonderfall war der Westteil Berlins. Mit seinen ca. 2 Mio. Einwohner war diese Stadt weder Teil der Besatzungs-BRD noch der Besatzungs-DDR, sondern sie stand bis zur deutschen Vereinigung unter dem Besatzungsregime von – je nach Blickpunkt – drei oder vier Siegermächten. West-Berlin hatte somit keine zu irgendeiner „Außenpolitik“ demokratisch legitimierte Regierung. Eine – sicherlich pro deutsche Vereinigung ausgegangene – dortige Volksabstimmung war aber 1990 unterlassen worden, obwohl dafür fast ein Jahr Zeit gewesen wäre. Die

straffe Formulierung im Einigungsvertrag „Die 23 Bezirke von Berlin bilden das Land Berlin“ [10] – also ohne Angabe einer Rechtsgrundlage – bestätigte, dass es einen demokratisch legitimierten „Beitritt“ Berlins zum vereinten Deutschland nicht gegeben hatte. Somit waren die Bewohner West-Berlins Staatsbürger des letzten Restes des 1945 militärisch besiegten Deutschen Reiches. Aus völkerrechtlicher Sicht waren sie am 3. Oktober 1990 vom gerade vereinten Deutschland – so ungut es klingen mag: – annektiert worden. Das Gesamtgebiet der Ex-DDR umfasste fortan insgesamt sechs „neue Bundesländer“.

## Geheime Verabredung

Die DDR-Volkskammerwahl vom März 1990 war in starkem Maße von westdeutschen politischen Parteien beeinflusst worden [12]. Aber keinem Mitglied der Volkskammer oder der DDR-Verwaltung konnte der Inhalt einer Geheimbesprechung bekannt sein, die Helmut Kohl einen Monat vor der Volkskammerwahl mit US-Präsident George Bush senior hatte [13]. In dieser Besprechung hatten die USA die Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands in der NATO verlangt, dazu die fortgesetzte US-Militärpräsenz einschließlich Atomwaffen in Deutschland, alles damals historisch absurde Forderungen. Um aber die amerikanische Zustimmung für sein persönliches Projekt der deutschen Vereinigung zu erlangen, hatte sich Kohl vollständig den US-Bedingungen unterworfen. 2009 war der Betrug dann ans Licht gekommen [14], durch die – wohl verfrühte – US-amtliche Veröffentlichung des Wortprotokolls der Geheimbesprechung in Camp David [13].

Mit seinen damals aus der Zeit gefallenem Zugeständnissen an US-Interessen – de facto weiterhin in Deutschland Besatzungsmacht mit Atomwaffen – hatte Kohl diametral gegen den Willen seiner BRD-Bevölkerung verstoßen, und noch stärker gegen den Willen der DDR-Bevölkerung, die nicht für politische Änderungen in der DDR demonstriert hatten, um NATO-Mitglied zu werden.

Aus deutscher Sicht war rückblickend zu fragen, wieweit Einigungsvertrag und Zwei-plus-Vier-Vertrag auf dieser betrügerischen Grundlage überhaupt Gültigkeit haben können.

Dieselbe Frage konnte rückblickend auch aus russischer Sicht gestellt werden, denn der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow konnte damals bei seiner Unterschrift unter den Zwei-plus-Vier-Vertrag ebenfalls nichts ahnen von der amerikanisch-westdeutschen Täuschung. Sie war darauf angelegt, die Ende Januar 1990 in Moskau festgelegte sowjetische Position auszuhebeln, die da lautete: Ja zum vereinten Deutschland, dieses aber entmilitarisiert und nicht in der NATO [15]!

Nach anfänglicher Freude war die deutsche Vereinigung in der Ex-DDR weithin als westdeutsche Kolonisierung erlebt worden. Unter den dortigen Bürgern hatte sich eine tiefe Depression und Unsicherheit ausgebreitet. So konnte eine westdeutsche Behörde namens „Treuhandanstalt“ fast widerstandslos die Ex-DDR-Wirtschaft abwickeln, und das westdeutsche Bundesvermögensamt, umbenannt in „Bundesanstalt für Immobilienaufgaben“, konnte weitgehend unauffällig Ex-DDR-Immobilien in westdeutsches und ausländisches Eigentum überführen.

## Kriegsschock 1999

1999 war es dann vor allem in der Ex-DDR als Schock erlebt worden: Die deutsche Teilnahme am Angriffskrieg der USA gegen das neutrale Jugoslawien war ohne UN-Mandat erfolgt [16] und deshalb völkerrechtswidrig, damit auch grundgesetzwidrig und ein Bruch des Zwei-plus-Vier-Vertrags [9]. Die Bundesregierung hatte solche Einwände vom Tisch gewischt.

Die Erkenntnis dieser offenen Doppelmoral des westgeführten vereinten Deutschlands hatte viele Menschen in der Ex-DDR aufgerüttelt. So kam es unter anderem zur Gründung der „Friedensglockengesellschaft Berlin e.V.“ [17], um „jetzt nicht nur zu appellieren, sondern aktiv gegen den Krieg zu handeln.“ Anfang 1989 hatte die UN der Stadt Berlin (Ost) – „Stadt des Friedens“ – als Würdigung ihres KSZE-Engagements und zum 50. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs eine japanische *Friedensglocke* übergeben. Im Volkspark Berlin-Friedrichshain fand sie einen würdigen Standplatz. Im Schatten des allgemeinen materiellen Rausches und der neu gewonnenen Freiheiten geriet die Glocke aber bald in Vergessenheit und Verwahrlosung. Noch während der Bombardierungen Jugoslawiens übernahm der neue Verein die Wiederbelebung der Friedensglocke. Seither, nun schon 24 Jahre lang, mahnt dort an jedem 6. August, dem Tag des Atombombenabwurfs auf Hiroshima 1945, eine Gedenkveranstaltung an den Wert des Friedens.

Schon Anfang der 1990er Jahre hatte im Protest gegen den Zweiten Golfkrieg eine Bürgerinitiative das Anliegen des einstigen staatlichen „Friedensrats der DDR“ neu aufgegriffen, dann seit Frühjahr 2000, angestoßen durch die Teilnahme Deutschlands am Jugoslawienkrieg, in Vereinsform „Deutscher Friedensrat e.V.“ und vernetzt in der wieder anwachsenden Friedensbewegung [18].

Neben dem Angriff gegen Jugoslawien hatten die USA 1999 die erste von vier Wellen begonnen, ihre NATO-Militärstationierung nach Osten vorzuschieben. 2008 war diese Einkreisung des erneuten Feindbildes Russland fast abgeschlossen. Nur noch die Ukraine fehlte.

Aber auch dort war es ab 2014 zu einer politischen Umorientierung gekommen, weg von Russland auf die USA hin, unter aktiver Beteiligung von Führungspersonen der US-Regierung. Darunter waren, zeitweise persönlich in Kiew anwesend, der damalige Vizepräsident Joe Biden, seit 2021 US-Präsident, und die damalige Staatssekretärin im US-Außenministerium Victoria Nuland, seit 2021 zweite Stellvertretende US-Außenministerin. Hauptetappen des Umschwungs waren: Staatsstreich in Kiew; Pachtvertragsbruch der neuen Regierung zum russisch genutzten Marinehafen Sewastopol (Krim), mit der Folge, dass Russland die russischsprachige Krim eingliederte, aus westlicher Sicht eine illegale Annexion; ukrainischer Militäreinsatz gegen die russischsprachige Bevölkerung in der Ostukraine; westliche Hochrüstung der Ukraine auf NATO-Standard; Militärbefehl der ukrainischen Regierung vom März 2021, die in Russland eingegliederte Krim zurück zu erobern, aus russischer Sicht vermutlich als Kriegserklärung gelesen; russisches Bemühen um Sicherheitsverhandlungen mit USA und NATO, aber westliche Ablehnung ohne Verhandlungsbereitschaft; im

November 2021 Strategievertrag USA-Ukraine [19]; im Januar 2022, fünf Wochen vor dem russischen Angriff, im US-Kongress der Gesetzentwurf über einen Leih-Pacht-Vertrag mit der Ukraine, für US-Finanzkredite im Krieg [20]. War da eine Falle aufgebaut, mit dem Blick auf sicher erwartete Rüstungsgeschäfte?

## Ukrainekrieg

Schließlich der russische Angriff im Februar 2022, aus westlicher Sicht: völkerrechtswidrig, unprovokiert, Alleinschuld im Eroberungswahn des Diktators Putin, hat mit NATO nichts zu tun. Dann ein Jahr Abnutzungskrieg, die Ukraine als Lieblingskunde westlicher Waffenlieferanten, das Land als Sprengplatz verwüstet und in Schulden ertrinkend, die Regierung in Kiew mit Endsieg-Parolen, die Bevölkerung zunehmend im Elend, tausende ukrainische und russische Männer als Kanonenfutter, ein schrecklicher Verlust für beide Länder, Ende 2022 der Frontkrieg noch von beiden Seiten eskaliert in einen strategischen Krieg, durch gegenseitigen Präzisions-Fernbeschuss wichtiger Anlagen im Hinterland.

Die deutsche „Ampel“-Regierung war den USA gefolgt. Jahrzehntelange bewährte Prinzipien der deutschen Politik waren zu historischen Fehlern erklärt. Keine deutschen Kriegswaffen in Kriegsgebiete: falsch! Deutsche Initiative zu Waffenstillstandsverhandlungen: falsch! Jetzt ginge es darum, Russland zu „ruinieren“. Politiker mit solchen Aussagen blieben im Amt.

Allerdings waren zum Jahreswechsel 2022/23 erste Mahnungen aus hohen westlichen Militärkreisen erschienen, den Waffenstillstand in der Ukraine in den Blick zu nehmen [21] [22]. Schon vorher hatte das amerikanische Militärberatungsinstitut RAND für die US-Regierung detailliert dargelegt, wie im Ukrainekrieg nicht nur die russische Seite, sondern auch die westliche Seite die Eskalation in einen großen Krieg in Europa verursachen könne [6].

Aber die Gegenkräfte waren ebenfalls angewachsen, denn mit dem fortdauernden Krieg hatten die westlichen Rüstungsgeschäfte Fahrt aufgenommen, auf ein Niveau wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Von den USA veranlasste Wirtschaftssanktionen gegen Russland hatten in Europa die Verbraucherpreise und die Gewinne von Konzernen beispiellos in die Höhe getrieben. Obendrein hatten die USA Russland als Energielieferanten aus dem europäischen Markt geworfen und verkauften nun stattdessen ihr teureres und umweltschädlicheres Frackinggas. Das Bild drängt sich auf: Besser konnte es für die Interessen der US-Wirtschaft nicht laufen, auf Kosten Europas einschließlich Russlands.

## Gespür für Kriegsgefahr

Zwar war zur Jahreswende 2022/23 das Gefühl einer Kriegsgefahr auf deutschem Boden in der Bevölkerung nicht weit verbreitet. Trotz täglicher Eindrücke von Verwüstungen in der Ukraine war diese Sorglosigkeit das Echo auf laufende Medienberichte, die eine persönliche Sicherheit durch die NATO behaupteten und die Ukraine auf dem Weg zum Sieg über Russland darstellten.

Aber obwohl Umfragen dazu nicht bekannt waren, war davon auszugehen, dass für den Fall einer offen diskutierten konkreten Kriegsgefahr eine überwältigende Mehrheit in Deutschland jegliche Waffenexplosionen in ihrer Lebensumgebung strikt ablehnte, egal, welche Flaggen auf die Waffen aufgemalt wären.

Während in der Wirtschaft des Ex-DDR-Gebiets die westliche Dominanz ungebrochen war, hatte in den sechs dortigen Bundesländern eine neue Generation den Schock der westdeutschen Einschüchterung ihrer Elterngeneration hinter sich gelassen und in der Landespolitik teilweise das Steuer übernommen. Direkte Konflikte mit der Bundesregierung brachen auf, gegen deren Versuch, durch die Befolgung von Russland-Sanktionen über Jahrzehnte gewachsene regionale Industriestrukturen wie die Erdölraffinerie in Schwedt an der Oder zu zerstören.

Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine stand in der Ex-DDR am Anfang die Frage, was die Westdeutschen denn so sehr gegen die Russen hätten, dass sie auf Wunsch der USA beliebige Mengen an Waffen und Geld in die Ukraine schaufelten. Zur Jahreswende 2022/23 fanden in einer Fernstudie 40 Prozent der Ostdeutschen die deutsche Waffenunterstützung für die Ukraine zu weitgehend, während in Westdeutschland nur gut die Hälfte dieses Prozentsatzes die ablehnende Meinung teilte [24]. Auch war eine Bürgerbewegung „Das ist nicht unser Krieg!“ weitgehend auf Ex-DDR-Gebiet beschränkt, wie dort auch stärker als in Westdeutschland eine Sichtweise verbreitet war, die eigentliche Ursache des russischen Angriffs auf die Ukraine sei die jahrelange und fortdauernde Osterweiterung der NATO durch die USA gewesen.

Inzwischen war aber in der Ex-DDR die Frage laut geworden: Wie können wir uns dagegen schützen, dass die Westdeutschen offenbar im Gefolge der USA dabei sind, den Ukrainekrieg auszuweiten und sich und uns zum Schlachtfeld zu machen?

## Initiative im Osten

War da nicht 33 Jahre zuvor der Zwei-plus-Vier-Vertrag, der nach wie vor galt? Sowohl die Besatzungs-BRD als auch die Besatzungs-DDR hatten ihn unterschrieben, rechtlich auf gleicher Augenhöhe [9]. Zwar war die Regierung des vereinten Deutschland westdeutsch geprägt. Aber mussten sich die sechs Bundesländer auf Ex-DDR-Gebiet bieten lassen, dass die Westdeutschen mitten im Krieg mit Russland die Friedensregelungen des Zwei-plus-Vier-Vertrags brachen und damit Deutschland gefährdeten? Hätte die DDR-Führung nach Wegfall der sowjetischen Kontrolle 1990 jemals einem aktiven Kriegsgegner der Sowjetunion Waffen geliefert? War es nicht der Russe Gorbatschow, dem die DDR schließlich ihre Freiheit zu verdanken hatte? Warum machte die Bundesregierung bei der Bemühung der USA mit, auf ukrainischem Boden und mit Ukrainern als de facto US-Fremdenlegionären den Stellvertreterkrieg gegen Russland militärisch zu gewinnen, egal, was von dem Land Ukraine übrig bleiben würde? Ging es der Führung in Washington darum, nach ukrainischen Muster von 2014 einen gewaltsamen Staatsstreich in Moskau anzustiften, um Russland und seine Reichtümer in amerikanische

Kontrolle zu bringen? Zugleich als Abschussrampe für den nächsten Krieg gegen China?

Würde Russland 2023 in militärisch bedrohter Lage und in seiner Empörung über mehrfachen deutschen Betrug das Gebiet der Ex-DDR angreifen? Warum sollte es? US- und NATO-Truppen waren in dem Gebiet nicht stationiert, und zum Glück gab es dort auch keinerlei Militärziele, die Russland interessieren könnten. Eine deutsche Regierung in Berlin, die nur als Sprachrohr der USA fungierte, war kein Ziel – Munition war teuer und wurde anderen Orts dringend gebraucht. Der Hauptgegner, das US-Militär, war in Westdeutschland konzentriert. Um von russischem oder belarusischem Gebiet aus diese US-Ziele in einem Angriff mit Ferngeschossen zu treffen und außer Betrieb zu setzen, müsste kein einziger russischer Soldat den Fuß auf NATO-Gebiet setzen.

Ein Problem gab es dennoch: Die westlichen Waffenlieferungen in die Ukraine flossen auf dem Land- oder Luftweg großenteils durch Ex-DDR-Gebiet. Hatte die Bundesregierung jemals gefragt, ob der Transport westlicher Waffen über Bremerhaven oder Ramstein durch ostdeutsches Gebiet hindurch die Sicherheitsinteressen Russlands berücksichtigen würden? Diese Klärung wäre aber gemäß Zwei-plus-Vier-Vertrag erforderlich. In der bestehenden Kriegssituation war seit Lieferung deutscher Waffen an die Ukraine klar, dass die russische Seite *keinerlei* militärbezogenen Transporten durch Ex-DDR-Gebiet zustimmen würde. Die Bundesregierung hätte also solche Transporte unterbinden müssen, sei es auf der Straße, der Schiene oder durch die Luft.

Wer sollte sie an ihre Pflicht erinnern, wenn nicht eine Initiative aus der Ex-DDR? Mit dieser Absicht hatten Bürger aus den sechs dortigen Bundesländern die überparteiliche Arbeitsgruppe „*Notgemeinschaft Ost*“ gegründet, mit dem Ziel, dem Übergreifen von Kämpfen und Explosionen auf ehemaliges DDR-Gebiet vorzubeugen.

Mit der Klarheit dieses Anliegens konnte die Gruppe Führungspersonen in den ostdeutschen Landesregierungen für die Mitwirkung gewinnen. Bis zur Jahreswende 2022/23 hatten vier der sechs dortigen Ministerpräsidenten politische Angriffe auf ihre vermeintlich zu russlandfreundliche Haltung erlebt, die anderen beiden waren dem Thema ausgewichen.

Eine förmliche Interessenvertretung der ostdeutschen Länder gab es nicht mehr. Deshalb hatten die Ministerpräsidenten ersatzweise einen gemeinsamen „*Länderrat Ost*“ eingerichtet. Der hatte die Bundesregierung aufgefordert, Militärtransporte durch die Ex-DDR ab sofort zu verbieten. Anderenfalls müssten die sechs Länder in Notwehr mittels ihrer eigenen administrativen und technischen Möglichkeiten solche Land- und Lufttransporte verhindern. In dem Konflikt stand die Bevölkerung der Ex-DDR weit mehrheitlich auf der Seite ihrer Landesregierungen, gegen die Bundesregierung.

Das alles mochte kleinkariert und trotzig aussehen, aber es hatte gewirkt. Die Ex-DDR und ihr Luftraum waren fortan für jegliche Militärbewegungen – USA, NATO, Russland – gesperrt.

Für die USA und die NATO hätte es andere Transportwege für Waffenlieferungen in die Ukraine gegeben:

Landrouten über Westdeutschland und Tschechien, Seerouten über die Ostsee und Lufttrouten über Tschechien oder Dänemark. Obendrein war die Notgemeinschaft Ost aber auch im Einvernehmen mit Partnern in Tschechien, die ebenfalls nicht Schlachtfeld und Sprengplatz für Waffenhändler werden wollten. Egal, was in Westdeutschland ablief: Ostdeutschland und Tschechien schufen in Europa eine zusammenhängende Schlachtfeldsperre Schweiz-Österreich-Tschechien-Ex-DDR.

Hätte das US-Militär solche „*verlängerten Alpen*“ von Genf über Innsbruck, Prag, Berlin und Rostock nicht für ihre Kriegsführung gegen Russland umgehen können, indem Polen (Hafen Danzig) und Rumänien (Hafen Constantia) statt Deutschland die neuen US-Militärzentren in Europa würden? Nein, diese Häfen liegen an den Binnenmeeren Ostsee und Schwarzes Meer. Deren enge Zufahrten (Öresund, Belte, Bosphorus) lassen sich leicht abriegeln, auch mittels Fernwaffen. Ohne freie militärische Verfügung über Deutschland ist ein großer europäischer Krieg nicht führbar.

## Gegenwind

Wie erwartet, war aus der Bundesregierung schnell die Anweisung gekommen: Militärsachen und Außenpolitik sind Bundesangelegenheiten, da habt Ihr Länder Euch nicht einzumischen!

Doch die Juristen von Notgemeinschaft und Länderrat hielten der Bundesregierung vor, sie habe den Zwei-plus-Vier-Vertrag gebrochen und Deutschland zum angreifenden Feindstaat gegen Russland gemacht, ohne UN-Mandat und ohne selbst angegriffen worden zu sein, also völkerrechtswidrig.

Die ostdeutschen Landesregierungen konnten die klare Position in die Medien bringen, sie seien die für die öffentliche Sicherheit und Ordnung vor Ort zuständige Instanz, und auch die regionale Wirtschaftspolitik sei ihre Zuständigkeit, nicht die der Bundesregierung.

Laut Zwei-plus-Vier-Vertrag sei in der Ex-DDR nur deutsche Territorialverteidigung erlaubt. Was allen einleuchtete: Angesichts der modernen Waffentechnik – mit den dramatischen Weiterentwicklungen seit 1990 – sei aber Verteidigung deutschen Bodens erfolversprechend nur noch nicht-militärisch, gewaltfrei möglich. Wenn durch Kampfhandlungen das erste Kind verletzt sei, wäre der Krieg für die Ex-DDR militärisch verloren.

Die von der Bundesregierung geschaffene rechtswidrige Situation wäre für die Ex-DDR eine Notlage, wegen der Gefahr von Kampfhandlungen von Seiten Russlands, aber auch von Seiten der Bundeswehr und von NATO-Verbündeten. Diese Situation habe die Eilmaßnahmen gegen die Militärtransporte notwendig gemacht.

## Selbstschutz

Nach dem Prinzip „*doppelt hält besser*“ war es damit für den Länderrat Ost noch nicht genug, denn sollte es doch zu Kriegsgeschehen in Mitteleuropa kommen, egal von wem dort hineingetragen, fehlte der Bevölkerungsschutz. Glücklicherweise gab es seit 1997 die Neuerung des humanitären Kriegsvölkerrechts, dass bereits im Frieden

demilitarisierte Rotkreuz-Schutzzonen eingerichtet und international bekannt gemacht werden können [25]. Dort dürfen keine Kämpfe stattfinden, darf sich Militär nicht aufhalten und darf auch nicht zivile Infrastruktur von dort mitnutzen – Strom, Wasser, Heizung, Medizin, Nachrichtenmittel usw. In solchen Schutzzonen findet also kein Krieg statt. Verstöße dagegen sind Kriegsverbrechen, militärisch sinnlos und für den Täter propagandistisch sehr nachteilig. Es lag auf der Hand, dass die ostdeutschen Länder zunächst ihre Großstädte und umschließende Sicherheitsgürtel zu demilitarisierten Rotkreuz-Schutzzonen erklärten. Auch wichtige Fluss- und Talbrücken und bedeutende Industrieanlagen wie Schwedt, Leuna und Eisenhüttenstadt wurden Schutzzonen. Im Nebeneffekt sperrten diese Zonen zugleich die hindurchlaufenden West-Ost-Autobahnen und -Eisenbahntrassen gegen Militärtransporte, denn Militär war dort verboten.

## Alles besser als Krieg

Die Nutzung des Zwei-plus-Vier-Vertrags, um die Ex-DDR aus dem Ukrainekrieg herauszuhalten, war anfangs umstritten, mit dem Argument: Was nun, wenn die Russen sagen, der Zwei-plus-Vier-Vertrag gilt nicht mehr, war von Anfang an Betrug, wurde dann von Deutschland gebrochen, Russland will also Besatzungsrechte in der Ex-DDR zurückhaben?

Vorstellbar war so etwas kaum, aber mal durchgespielt: Die Menschen in der Ex-DDR waren vor 1990 mehrheitlich nicht begeistert über die sowjetischen Besatzer, aber sie hatten wenig mit ihnen zu tun, denn trotz „deutsch-sowjetischer Freundschaft“ (DSF) waren private Kontakte selten und wohl auch seitens der sowjetischen Militärführung unerwünscht. Probleme hatten DDR-Bewohner eher mit den deutschen Statthaltern der Besatzungsmacht. Aber das zwei Generationen lang gewachsene politische System, in der BRD als „Unrechtsstaat“ etikettiert, hatte in der DDR selbst durchaus breit akzeptierte Aspekte, darunter die soziale Sicherheit.

Diese im Westen als „Ostalgie“ belächelte Sichtweise zeigte dauerhafte Festigkeit. Ein Beispiel: Noch 2023 hieß eine wichtige Durchgangsstraße in Bergen auf Rügen „Straße der DSF“. Ihre Verlängerung war der „Otto-Grotewohl-Ring“, der „Wilhelm-Pieck-Ring“ zweigte ab, ebenso die „Hermann-Matern-Straße“, sämtlich Politiker-namen aus der frühen DDR-Geschichte. Auch die westlichst ausgerichteten Parteien wagten sich selbst drei Jahrzehnte nach Öffnung der Berliner Mauer vor Ort nicht daran, etwa eine Umbenennung in neutrale Straßennamen oder gar in „Helmut-Kohl-Ring“ durchzusetzen.

Bei der Notgemeinschaft Ost entstand der Vorschlag, den russischen Vorwurf der Verletzung des Zwei-plus-Vier-Vertrags als begründet anzuerkennen und im Gebiet der Ex-DDR Abhilfe zu schaffen. Als vertrauensbildende Maßnahme wäre die erneute Einrichtung russischer Militärmissionen anzubieten, diese aber ohne Kampfauftrag und -bewaffnung, nur zur Kontrolle, dass fortan der militärische Sonderstatus Ostdeutschlands gemäß Zwei-plus-Vier-Vertrag wirklich eingehalten wird, verbunden mit der russischen Zusicherung, *unter keinen Umständen* Ziele in der Ex-DDR anzugreifen.

Da war noch das Ärgernis der steigenden Energiekosten. Aus Sicht der Notgemeinschaft Ost war dies für die Ex-DDR vermeidbar. Zwar waren die langfristigen deutsch-russischen Lieferverträge für Erdgas und Erdöl geheim. Aber 2022 war in den Medien zum Thema geworden, dass die Erdgasverträge bis 2030 abgeschlossen waren: Deutschland hatte so eine beispiellos billige Energieversorgung. Selbst in den finstersten Zeiten des Kalten Krieges und auch danach hatten die Russen immer zuverlässig Energie geliefert. Im Gegenzug lieferte Deutschland Industriewaren.

Die Posse war nun folgende: Die Lieferverträge für Erdgas hatten das Prinzip „take or pay“ – „nimm oder zahle“ [23]. Russland konnte dadurch mit einer festen jährlichen Einnahme rechnen. Durch das von der Bundesregierung kurzfristig verordnete Ende aller Energielieferungen aus Russland bis 2024 musste Deutschland für die darüber hinaus verbleibenden sieben Jahre die vertraglich vereinbarten Abnahmemengen bezahlen, obwohl sie gar nicht mehr nach Deutschland gelangen würden. Obendrein kaufte die Deutschland zum Mehrfachen des russischen Preises amerikanisches Frackinggas, das zusätzlich bezahlt werden musste. Zu hören war, die deutsche Seite würde versuchen, den vereinbarten Zahlungen an Russland auszuweichen, mit dem Argument „höhere Gewalt“, also durch Bruch der Lieferverträge.

Dies alles hatte aber für die Ostdeutschland außer den explodierenden Energiepreisen noch den Schaden, dass einer der wichtigsten verbliebenen Industriestandorte, die Ölfraffinerie in Schwedt, herunter gefahren werden sollte, mit großem Verlust an Arbeitsplätzen in der Region und an Liefersicherheit für die gesamte Ex-DDR einschließlich Berlins. Das zuständige Land Brandenburg hatte also in Verhandlungen erneut vorteilhafte Lieferbedingungen für Energie aus Russland erreicht, über die Pipeline „Druschba“ – zu deutsch „Freundschaft“. Ähnliche Bemühungen hatte Mecklenburg-Vorpommern unternommen, für die Erdgasversorgung über die – nach einem offiziell nicht aufgeklärten Sprengstoffanschlag – reparierte Ostsee-Pipeline „Nord Stream“.

Diese Initiative auf Landesebene lag im Gegenkurs zur Politik der Bundesregierung, die erwartungsgemäß versuchte, die Aktivitäten der Ex-DDR-Bundesländer zu unterbinden, mit dem Hinweis auf westliche Sanktionen. Der Länderrat Ost hielt dagegen, es handle sich um regionale Wirtschaftspolitik, die in der Zuständigkeit nicht des Bundes, sondern der Länder und der Unternehmen läge.

## Deutsche Verfassung

Wie erwartet, behauptete die Bundesregierung, alle solche Aktivitäten der Ex-DDR-Bundesländer seien rechtswidrig, sie würden nämlich gegen das Grundgesetz verstoßen. Hier konterte der Länderrat Ost, seit 1990 sei die deutsche Verfassung überfällig. Das Grundgesetz war keine Verfassung, wie es in seinem Schlussartikel 146 selbst verkündete: Es forderte die Schaffung der deutschen Verfassung, denn „dieses Grundgesetz (...) verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“.

So hatte die Notgemeinschaft Ost begonnen, in der Ex-DDR die öffentliche Diskussion über einen Verfassungsentwurf in Gang zu bringen, ohne Beeinflussung durch politische Parteien, aber mit Unterstützung durch den Länderrat Ost. Angesichts deutlich unterschiedlicher Denkweisen in Ost und West würde die deutsche Verfassung wohl darauf hinauslaufen, verspätet eine konföderative deutsche Rechtsordnung zu schaffen, mit – aus historischen Gründen – einem Rechtsraum West und einem Rechtsraum Ost. Diese deutsche Verfassung würde zusammengestellt aus dem Regelvorrat von Grundgesetz, DDR-Verfassung, Verfassungsentwurf des „*runden Tisches*“ der DDR von 1990 und Vorlagen aus anderen Ländern, etwa der Schweiz, voraussichtlich mit Stärkung unabhängiger regionaler Entscheidungsrechte über die dortigen Lebensverhältnisse.

Hilfsweise kündigte der Länderrat Ost an, bei Fortsetzung der Blockade durch die Bundesregierung würden die sechs ostdeutschen Länder, gestützt auf landesweite Volksabstimmungen, gemeinsam aus der Bundesrepublik Deutschland austreten und als – gemäß Zwei-plus-Vier-Vertrag – atomwaffenfreie Zone und unabhängiger Staat dessen eigene Verfassung in militärischer Neutralität realisieren, analog zu Österreich und der Schweiz.

Nicht nur, dass die Menschen so die Kontrolle über die Lebensverhältnisse in ihrer Wohnregion zurückgewinnen, sondern allein die Existenz kleiner entscheidungssouveräner Einheiten macht Korruption durch große Wirtschaftsunternehmen kaum noch möglich: In einem Zentralstaat muss lediglich eine kleine führende Gruppe von Politikern bestochen werden, in einem Bund souveräner Einheiten aber tausende lokale Politiker – praktisch unmöglich. Dass die Demokratie nur bis zu einer kritischen Größe funktionieren kann, hatte schon 1748 der französische Graf de Montesquieu herausgefunden, der „*Erfinder*“ des heutigen drei-gewaltenteiligen Demokratiesystems. Die „*kritische Masse*“, oberhalb derer die Demokratie stets durch Korruption versagt, dürfte bei wenigen hunderttausend Einwohnern liegen.

Über die Kriegsvermeidung hinaus gab es für die Ex-DDR diverse regelungsbedürftige Fragen, als Schadensfolgen der westdeutschen Dominanz nach 1990, darunter Probleme zu Lasten der Bevölkerung aus der Privatisierung von Volkseigentum, die – laut Umfragen – hinsichtlich ihrer Rechtmäßigkeit auf den Prüfstand gehörte.

Wirtschaftliche Probleme für die Bevölkerung der Ex-DDR, die sich aus dem Austritt aus dem vereinten Deutschland ergeben würden, wären durch Maßnahmen der Preisprüfung in der Grundversorgung einzugrenzen, zusammen mit dem Schutz heimischer Produktionen und der Rückkehr zu den Ansätzen einer recyclingbasierten Kreislaufwirtschaft, wie sie aus der DDR-Zeit erinnerlich waren. Als Voraussetzung für die fortdauernde Mitgliedschaft in der EU wären Sonderkonditionen durchzusetzen, wie sie beispielsweise Dänemark genoss.

Dies alles hatte aber nur Zweck im Frieden, wenn also aus den Städten in der Ex-DDR nicht wieder wie im Zweiten Weltkrieg Trümmerhaufen würden, diesmal vielleicht sogar radioaktiv, also das Ende der Geschichte Mitteleuropas.

## Anti-amerikanisch?

Sind solche Gedanken anti-amerikanisch? Der Autor, der diesen „*Traum*“ aufgeschrieben hat, war rund ein Dutzend mal beruflich und privat in den USA und hat sich an der Offenheit und Gastfreundschaft der Menschen dort erfreut. Er bewundert und beneidet die Informationsoffenheit der politischen Diskurse dort, auch zu den aktuellen militärischen Fragen.

Aber zugleich ist er bei der Befassung mit der Geschichte der USA auf beklemmende Erkenntnisse gestoßen, darunter diese: Spätestens seit der Präsidentschaft von John F. Kennedy (1961 bis zu seiner Ermordung 1963) hat der militärisch-industrielle Komplex des Landes maßgeblichen Einfluss auf die Politik gewonnen und die traditionelle amerikanische Demokratie an den Rand gedrängt. Im US-Präsidentschaftswahlkampf 2020 spendeten private Wirtschaftsunternehmen für den Kandidaten Joe Biden 1.000 Millionen Dollar, für den Konkurrenten Donald Trump „*nur*“ 600 Millionen Dollar. Wer auch immer US-Präsident wird – er ist seinen Spendern verpflichtet. Dauerhaft zwei Parteien und eine 250 Jahre alte Verfassung, die von einem politisch besetzten „*Obersten Gerichtshof*“ nach Bedarf ausgelegt wird. Korruption pur.

Verdienen nicht nur die Menschen in der Ukraine und in Russland unser Mitgefühl und unsere Unterstützung, sondern auch die Menschen in den USA? Versprache intensiver Jugendaustausch USA-Westeuropa-Russland über ein oder zwei Jahrzehnte einen Ausweg?

An den USA gemessen scheint die deutsche Demokratie gesünder, und sie hat – mit sechs Parteien im Bundestag und dem Auftrag der deutschen Verfassung – Aussicht auf Verbesserung, sollten nicht vorher Bomben erneut alle Hoffnungen zerstören, weil die Menschen in Deutschland nicht den Hebel sehen, den sie *nur sie* – kein anderes Land in Europa – in der Hand haben, nämlich das eigene Land aus dem Großmachtkonflikt auszuklinken und so zugleich den großen Krieg in Europa aktiv zu verhindern.

## Quellen und Anmerkungen

[1] dpa, *Konferenz in Ramstein über weitere Unterstützung der Ukraine*, Zeit Online, 10. Januar 2023,

<https://www.zeit.de/news/2023-01/10/konferenz-in-ramstein-ueber-weitere-unterstuetzung-der-ukraine>

[2] *Rechtsfragen der militärischen Unterstützung der Ukraine durch NATO-Staaten zwischen Neutralität und Konflikteilnahme*, Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste, WD-2-3000-019/22, 16.03.2022, p. 6,

<https://www.bundestag.de/resource/blob/892384/d9b4c174ae0e0af275b8f42b143b2308/WD-2-019-22-pdf-data.pdf>

[3] Norman Paech: *Wo bleibt das Völkerrecht? – Zu den globalen Regeln der NATO*, in:

Wolfgang Gehrcke / Christiane Reymann (Hg.), *Ein willkommenener Krieg? NATO, Russland und die Ukraine*, Köln 2022: Papyrossa Verlag, ISBN 978-3-8943-8801-0, S. 154.

[4] Richard Schmitt, *Maßen warnt: „Deutschland könnte jetzt Ziel russischer Angriffe werden“*, exxpress (Wien), 7. Januar 2023,

<https://exxpress.at/maassen-warnt-deutschland-koennte-jetzt-ziel-russischer-angriffe-werden/>

- [5] *Stellungnahme der Russischen Botschaft in Deutschland in Bezug auf die Entscheidung der Bundesregierung, der Ukraine Schützenpanzer vom Typ Marder und ein Patriot-Raketenabwehrsystem bereitzustellen*, Botschaft der Russischen Föderation in Deutschland, Berlin, 6. Januar 2023, <https://russische-botschaft.ru/de/2023/01/06/stellungnahme-der-russischen-botschaft-in-deutschland-in-bezug-auf-die-entscheidung-der-bundesregierung-der-ukraine-schuetzenpanzer-vom-typ-marder-und-ein-patriot-raketenabwehrsystem-bereitzustellen/>
- [6] Bryan Frederick, Samuel Charap, Scott Boston, Stephen J. Flanagan, Michael J. Mazarr, Jennifer D.P. Moroney, Karl P. Mueller, *Pathways to Russian Escalation Against NATO from the Ukraine War*, RAND Corporation, Document Number: PE-A1971-1, July 2022, <https://www.rand.org/pubs/perspectives/PEA1971-1.html>
- [7] Uli Scherr, *Kampftraining von Ukrainern in Grafenwöhr hat begonnen*, Bayerischer Rundfunk BR24, 16.01.2023, <https://www.br.de/nachrichten/bayern/kampftraining-von-ukrainern-in-grafenwoehr-hat-begonnen,TT5Xn1P>
- [8] Mary Elise Sarotte, *Not One Inch: America, Russia, and the Making of Post-Cold War Stalemate*, New Haven 2021: Yale University Press, ISBN 978-0-300-25993-3, p. 144.
- [9] *Zwei-plus-Vier-Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland*, Bundeszentrale für politische Bildung, 12.09.1990, <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/zwei-plus-vier-vertrag/>
- [10] *Einigungsvertrag*, Bundeszentrale für politische Bildung, 31.08.1990, <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/einigungsvertrag/>
- [11] *Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland*, Deutscher Bundestag, <https://www.bundestag.de/gg>
- [12] Manfred Görtemaker, *Volkskammerwahl 1990*, Bundeszentrale für politische Bildung, 19.03.2009, <https://www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/deutsche-teilung-deutsche-einheit/43770/volkskammerwahl-1990/>
- [13] *Memorandum of Conversation between Helmut Kohl and George Bush at Camp David, Feb 24, 1990*, National Security Archive, The George Washington University, Washington, D.C., <https://nsarchive.gwu.edu/sites/default/files/documents/4325690/Document-13-Memorandum-of-Conversation-between.pdf>  
Übersetzung ins Deutsche: Friedensglockengesellschaft Berlin e.V., Downloadbereich, [https://weltfriedensglocke-berlin.de/data/documents/20220916\\_Bush\\_sen\\_Kohl\\_24\\_Feb\\_1990\\_Rev.pdf](https://weltfriedensglocke-berlin.de/data/documents/20220916_Bush_sen_Kohl_24_Feb_1990_Rev.pdf)
- [14] Mary Elise Sarotte, *1989 – The Struggle to Create Post-Cold War Europe*, Princeton, N.J.: Princeton University Press, 2009. Paperback-Ausgabe, Third paperback printing, with new afterword by the author, 2014, ISBN 978-0-691-16371-0, p. 104 f. und 226,  
Auch: Mary Elise Sarotte, *A Broken Promise? What the West Really Told Moscow About NATO Expansion*, Foreign Affairs, September/October 2014, <https://www.foreignaffairs.com/articles/russia-fsu/2014-08-11/broken-promise>
- [15] Lutz Herden, *Von allen guten Brüdern verlassen, Ende einer Beziehung. Fast beiläufig wurde die DDR von der Sowjetunion abgeschoben – in die deutsche Einheit*, Der Freitag, Nr. 21/2009, 20. Mai 2009, S. 10.  
Zitate: „DDR-Premier Hans Modrow fliegt am 29. Januar 1990 nach Moskau.“ „Drei Tage vor dem Gespräch mit Modrow scheint die sowjetische Seite entschlossen, ihre alliierten Rechte als Joker auszuspielen. Gorbatschow, Premier Nikolai Rschkow, Außenminister Eduard Schewardnadse und ZK-Sekretär Valentin Falin einigen sich auf ein Junktim: Wir winken die Einheit durch, wenn die Bundesrepublik aus der NATO austritt und das wieder vereinigte Deutschland entmilitarisiert wird.“  
Lutz Herden war der letzte Leiter der Hauptabteilung Nachrichtenjournalen beim Fernsehen der DDR.
- [16] 24. März 1999, Bundeszentrale für politische Bildung, Deutschland-Chronik, 44. Deutschland in der internationalen Politik, 11.06.1999, <https://www.bpb.de/themen/zeit-kulturgeschichte/deutschland-chronik/132705/24-maerz-1999/>
- [17] *Friedensglockengesellschaft Berlin e.V.*, <https://www.weltfriedensglocke-berlin.de/der-verein/>
- [18] *Deutscher Friedensrat e.V.*, <https://www.deutscher-friedensrat.de/index.htm>
- [19] *U.S.-Ukraine Charter on Strategic Partnership*, U.S. Department of State, November 10, 2021 <https://www.state.gov/u-s-ukraine-charter-on-strategic-partnership/>
- [20] *Ukraine Democracy Defense Lend-Lease Act of 2022*, U.S. Congress, January 19, 2022, <https://www.congress.gov/bill/117th-congress/senate-bill/3522/text/is>
- [21] *US-General Milley: Baldiger Sieg unwahrscheinlich*, zdf, 17.11.2022,  
Der ranghöchste US-General zweifelt an einem militärischen Sieg der Ukraine über Russland in naher Zukunft. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ukraine-russland-krieg-general-milley-usa-100.html>
- [22] Annika Ross, *Erich Vad: Was sind die Kriegsziele?*, Emma (Zeitschrift), 12. Januar 2023,  
Erich Vad ist Ex-Brigade-General. Von 2006 bis 2013 war er militärpolitischer Berater von Bundeskanzlerin Angela Merkel. <https://www.emma.de/artikel/erich-vad-was-sind-die-kriegsziele-340045>
- [23] Julia Ley, *Ist Unabhängigkeit von Russland beim Gas unmöglich?* Bayerischer Rundfunk BR24, 19.06.2022, <https://www.br.de/nachrichten/wissen/ist-unabhaengigkeit-von-russland-beim-gas-unmoeglich,T8kP6dE>
- [24] *Keine Mehrheit für mehr Waffenlieferungen*, Umfrage ARD-DeutschlandTrend, Tagesschau, 05.01.2023, <https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-3255.html>
- [25] *Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I)*, angenommen am 8. Juni 1977, Schweizerische Eidgenossenschaft, Fedlex, die Publikationsplattform des Bundesrechts, 0.518.521 AS 1982 1362; BBl 1981 I 953, Stand 12. Juli 2018, dort siehe Artikel 60, [https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1982/1362\\_1362\\_1362/de](https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1982/1362_1362_1362/de)

Sämtliche Internetquellen abgerufen am 20. Januar 2023.

---

Autor: Prof. Dr.-Ing. Joachim Wernicke, Berlin, Physiker, parteilos.  
Stand 20. Januar 2023